



# SPD - Rathaustelegramm

Nr. 17 - August/September 2005

---

## **Gewaltschutzgesetz bringt deutlichen Fortschritt**

Das seit drei Jahren geltende Bundes-Gewaltschutzgesetz hat die Situation der betroffenen Frauen erheblich verbessert, so das einhellige Fazit eines Fachgesprächs mit Bundesministerin Renate Schmidt, zu dem die SPD-Stadtratsfraktion ins Rathaus eingeladen hatte. Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas machte zu Beginn deutlich, dass das Gewalt-Problem durch ein neues Gesetz nicht gelöst ist: „Wir dürfen nicht vergessen, dass auch in Erlangen Frauen nach wie vor Opfer von brutaler Gewalt werden.“

Der Leiter der Polizeidirektion Erlangen, Gerhard Kallert, betonte, dass die verschärften gesetzlichen Regelungen wie die Wegweisung des Gewalttäters aus der gemeinsamen Wohnung, die Kontaktsperre und die Einstufung als Straftat entscheidend für das jetzt wesentlich wirksamere Vorgehen der Polizei sind. Renate Schmidt lobte die veränderte Praxis der Polizei, die insbesondere durch Fortbildungen die rasche Umsetzung des Gesetzes garantiert hat. Für die Frauen- und Familienministerin „sind Einrichtungen wie das Erlanger Frauenhaus und der Notruf weiterhin unverzichtbar, um möglichst vielen betroffenen Frauen Schutz und Beratung anzubieten“.



Ein Schwachpunkt des Gesetzes, zu dem im Sommer ein Evaluierungsbericht vorgelegt wird, ist laut Schmidt die zu wenig konsequente Verfolgung der Straftaten durch Staatsanwaltschaft und Richter. Beim Ausbau der Maßnahmen zum Schutz vor körperlicher und sexueller Gewalt setzt die Ministerin insbesondere auf die Einführung einer bundesweiten Notrufnummer und breitere Aufklärung. Die Vertreterinnen und Vertreter von Einrichtungen und Verbänden wie z.B. dem Frauenhaus, dem Kinderschutzbund, dem Notruf sowie der städtischen Gleichstellungsstelle, die in großer Zahl erschienen waren, schilderten der Ministerin ihre konkreten Erfahrungen mit dem seit 2002 gültigen Gesetz und wiesen darauf hin, dass das Gesetz nach wie vor nicht von allen Gerichten konsequent umgesetzt wird. Da nach Einschätzung aller Teilnehmer die – häufig unzureichende - öffentliche Wahrnehmung des Problems großen Einfluss auf die tatsächliche Anwendung der Schutzmaßnahmen hat, forderte SPD-Sprecherin Barbara Pfister, dass „auch auf kommunaler Ebene die Informations- und Beratungsmöglichkeiten dringend ausgebaut werden müssen.“

Für die geplante Weiterentwicklung des Gewaltschutzprogramms forderte Frauenhaus-Mitarbeiterin Ursula Langer, die Situation ausländischer Frauen zu berücksichtigen. Diejenigen Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt werden und kein eigenständiges Aufenthaltsrecht haben sind ihren Männern nahezu schutzlos ausgeliefert.

## **Lärmschutz an der A73**

Wie Bundesministerin Renate Schmidt mitteilte, genehmigte das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, die Planungen für den sechsspurigen Ausbau der A73 im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für die Autobahnen A3 und A73 im Raum Erlangen/Herzogenaurach/Höchststadt. Der Ausbau würde eine erhebliche zusätzliche Belastung der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt mit Lärm und Abgasen bedeuten. Damit verbunden ist aber auch der Planungsbeginn für die Lärmschutzmaßnahmen entlang der genannten Autobahnen. Selbst bei einem zügigen Planungsverfahren ist aber aufgrund des bestehenden Bundesverkehrswegeplans nicht mit einem Ausbau der Autobahnen und des damit verbundenen Lärmschutz vor 2015 zu rechnen.

Die SPD-Stadtratsfraktion stellte daher folgenden Antrag:

Die Stadt Erlangen möge zeitnah in Abstimmung mit der Autobahndirektion, Land und Bund prüfen, welche Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen des Ausbaus entlang der Autobahnen notwendig sind und soll - wie bereits mehrfach in der Vergangenheit geschehen - einige dieser Maßnahmen, vor allem in den besonders betroffenen Stadtteilen Bruck, Anger und Eltersdorf, vorfinanzieren, um baldmöglichst - und nicht erst 2015 - die Lärmbelastung für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner zu reduzieren. Priorität sollen dabei insbesondere Lückenschließungen in den bereits bestehenden Lärmschutzwänden haben.



## **Bündnis für Familie: „Erlangen Pass“ soll die Integration Bedürftiger sichern**

„Mit dem Erlangen Pass soll Menschen mit wenig Geld der Zugang zu Bildung, Sport und Kultur gesichert werden. Von wachsender Armut auch in Erlangen sind Kleinrentner, Arbeitslose, vor allem aber Familien mit Kindern betroffen. Hier muss die Stadt handeln“, so Gisela Niclas, Vorsitzende der SPD-Fraktion. Ursula Lanig, die kulturpolitische Sprecherin, fügt hinzu: „Mit der Gründung des Erlanger Bündnisses für Familien ist auch die politische Verpflichtung verbunden, für die Integration gerade von Kindern und Jugendlichen zu sorgen. Die Lesekarte für die Stadtbücherei, der Eintritt ins Schwimmbad oder der Kurs in der Musikschule darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern“.

Für finanziell Schwächere soll es mit diesem Pass künftig Ermäßigungen beim Eintritt in Bädern, Sportstätten oder Kultureinrichtungen sowie beim Zugang zu Bildungsangeboten geben. Die Erlanger SPD-Fraktion setzt sich mit ihrem Antrag dafür ein, dass in Erlangen ebenso wie bereits in anderen Städten – z.B. in Nürnberg – eine Karte, ein entsprechender Pass o.ä. an finanziell bedürftige Personen ausgegeben wird. Damit soll eine personen- und zweckgebundene Förderung sichergestellt werden.

Der Anteil an armen Menschen ist auch in Erlangen nicht gering: Im Jahr 1990 ergab der bislang einzige Erlanger Armutsbericht, dass knapp 10% der Bevölkerung in Armut lebte. Dieser Anteil ist nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht zurückgegangen. „Das beweist zum Beispiel die große Zahl von Müttern und Kindern, die existentiell auf die „Erlanger Tafel“ oder die Kleiderkammern der Wohlfahrtsverbände angewiesen sind“, so frauenpolitische Sprecherin Barbara Pfister.

Neben einer konkreten Hilfestellung für bedürftige Menschen will die SPD-Fraktion auch erreichen, dass in der Erlanger Kommunalpolitik das Thema „Armut“ nicht länger tabuisiert wird. „Wir müssen für die Integration der finanziell Schwächeren sorgen aber auch mittel- und langfristige Strategien entwickeln, wie die Entstehung und Verfestigung von Armut vermieden werden kann. Die Förderung und Bildung von Kindern und ihren Familien ist ein ganz zentraler Ansatzpunkt. Daher haben wir diesen Antrag bewusst zur Gründung des Bündnisses für Familie gestellt“, so Birgit Hartwig, familienpolitische Sprecherin.

## **SPD fordert den Erhalt von preisgünstigem Wohnraum**

„Wir werden weniger grau, wir werden bunter und wir werden ärmer.“ Dieses etwas abgewandelte Zitat aus dem Geschäftsbericht 2004 der GeWoBau beschreibt die Entwicklung des städtischen Wohnungsbaunternehmens. Die SPD-Fraktion dankt der Geschäftsführung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Tochter für ihre Engagement im vergangenen Jahr. Nach der Angersanierung haben sie mit großem Einsatz die Sanierungsmaßnahme im Erlanger Osten zum Abschluss gebracht. Es kann niemandem entgehen: Diese Wohngegenden sind bunter geworden.

Bei aller Freude weißt die wohnungspolitische Sprecherin und Aufsichtsrätin Ingrid Kiesewetter jedoch auch auf das „ärmer geworden“ deutlich hin. Vor allem fallen hier zwei Probleme auf:

1. Die finanzielle Ausstattung der GeWoBau ist mehr als dürftig. Die Eigenmittelausstattung liegt im Branchenvergleich im unteren Bereich.
2. Die Belastbarkeit der Mieterinnen und Mieter stößt an ihre Grenzen: Die Mietkosten und vor allem die Miet-Nebenkosten haben durch die Sanierungen ein Niveau erreicht, das offensichtlich viele Familien nicht mehr bewältigen können.

Die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum steigt an. Nachdem Bund und Land zur Errichtung preisgünstigen Wohnraums keine Mittel zur Verfügung stellen, muss die Stadt Erlangen durch eine bessere Eigenkapitalausstattung der GeWoBau den Neubau von preisgünstigem Wohnraum durch die GeWoBau fördern. Die SPD-Stadtratsfraktion wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Schwerpunkt der GeWoBau künftig nicht nur auf Sanierungsmaßnahmen sondern auch auf die Errichtung preisgünstigen Wohnraums gelegt wird.



### **Unsere Anträge:**

- Umweltpädagogisches Projekte Mobilfunk
- Erhalt der Stelle der Bibliothekarin im Schulzentrum Spardorf
- Theaterschreinerei

Sollten Sie Interesse an einzelnen Anträgen haben, schauen Sie ins Internet unter [www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de) oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen den Antrag per E-Mail zu. [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)

### **Kontakt:**

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen,  
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
Telefon 09131-862225  
Fax 09131-862181  
Mail [spd@erlangen.de](mailto:spd@erlangen.de)  
Internet [www.spd-fraktion-erlangen.de](http://www.spd-fraktion-erlangen.de)

### **Impressum:**

Das SPD-Rathausstelegramm wird erstellt durch die SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.  
Verantwortlich: Gisela Niclas  
Redaktionelle Gestaltung: Christian Pech